



LANDKREIS LÜNEBURG
DER LANDRAT

Büro des Landrats	Vorlagenart	Vorlagennummer
Verantwortlich: SPD, BÜNDNIS 90/Die Grünen, CDU, Gruppe FDP/Die Unabhängigen, Gruppe DIE LINKE/Die PARTEI Datum: 06.06.2024	Antrag	2024/159
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich		

Beratungsgegenstand:

Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/Die Grünen, CDU, Gruppe FDP/Die Unabhängigen, Gruppe Die Linke/Die PARTEI vom 06.06.2024 zum Thema "23. Mai: Räte für Demokratie - Aktionstag, Politikerinnen und Politiker der demokratischen Parteien im Landkreis Lüneburg treten gemeinsam öffentlich für Demokratie und Grundgesetz ein"

Produkt/e:

111-110 Büro des Landrats

Beratungsfolge

Status Datum Gremium

Ö 06.06.2024 Kreistag

Anlage/n: Originalantrag

Beschlussvorschlag:

Am 23. Mai, dem Jahrestag der Deutschen Verfassung, ruft ab 2025 der Kreistag zum Aktionstag gegen Extremismus und Demokratiefeindlichkeit aus. Die Räte in Samtgemeinden, Gemeinden und Hansestadt werden gebeten, dem zu folgen.

Sachlage:

Demokratie ist keine abstrakte Staatsform. Demokratie ist konkrete politische Praxis in jeder Kommune unseres Landkreises. Menschen wie du und ich, gewählte Vertreterinnen und Vertreter aus der Mitte der Gesellschaft, bringen sich ehrenamtlich dafür ein.

Wir Kommunalpolitikerinnen und -politiker müssen sichtbarer werden, nicht nur zu Wahlen im Straßenbild erscheinen. Unsere Räte sind die Grundfeste der Demokratie. Wer unsrer Arbeit für belanglos erklärt, wer uns öffentlich beschimpft, gar Gewalt gegen uns ausübt, greift die Demokratie an, tritt unsere freiheit-demokratische Verfassung mit Füßen.

Zeigen wir uns und unsere demokratische Überzeugung öffentlich, alle zusammen in einem überparteilichen Demokratie-Bündnis Lüneburg. Folgen wir Beispielen wie Nordhausen (Thüringen). Laden wir soziale Institutionen, Bildungs- und Kultureinrichtungen sowie alle Organisationen, die sich ausdrücklich zu Demokratie und Verfassung bekennen, ein, mit uns einen Tag gegen rechtsextreme

Anfeindung zu organisieren. Für organisatorische Hilfe zur Koordination und Durchführung steht der Beauftragte gegen Rechtsextremismus zur Verfügung. „Nie wieder ist jetzt“.